

MAGDEBURG

SPD

Beschlüsse des SPD-Stadtparteitags Magdeburg, 17.11.2012

	Zur Weiterleitung an:	Seite
Politikwerkstatt auch in Regierungsverantwortung	Landes- und Bundesparteitag	3
Angleichung der Ost-West-Renten	Landes- und Bundesparteitag	3
Finanzierung der Oberzentren	SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion	3
Mehr gelebte direkte Demokratie in Sachsen-Anhalt	SPD-Landesvorstand; es wird empfohlen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die Thematik entsprechend aufzuarbeiten	3
Mehr Chancengleichheit in Bewerbungsverfahren	SPD-Landesparteitag, Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, SPD-Landtagsfraktion	4
Jede Frau hat ein Recht darauf, gewaltfrei zu leben	SPD-Fraktion im Stadtrat Magdeburg	4
Keine Mittelkürzungen im Bereich arbeitsmarktpolitische Projekte	SPD-Fraktion im Stadtrat Magdeburg	4
Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Festungsmauer am Künette-Graben	SPD-Fraktion im Stadtrat Magdeburg	4
Verbesserung der Verkehrssicherheit, insbesondere für Kinder, im Stadtteil Stadtfeld-Ost	SPD-Fraktion im Stadtrat Magdeburg	5
Erweiterung des Sitzplatzangebotes auf dem Spielplatz Schellheimer Platz	SPD-Fraktion im Stadtrat Magdeburg	5
Pflegeausbildung in der Klinikum Magdeburg gGmbH stärken und erhalten! - Kein weiterer Abbau der Ausbildungsstrukturen!	SPD-Fraktion im Stadtrat Magdeburg	5
Pflege stärken – Pflegekammern einrichten!	SPD-Landesparteitag, Ministerium für Arbeit und Soziales des 5 Landes Sachsen-Anhalt, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion (mit 6 Weitergabe in den Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages)	5

Politikwerkstatt auch in Regierungsverantwortung

In das Wahlprogramm der SPD soll folgender Passus aufgenommen werden:

Die SPD bleibt eine Mitmachpartei und Politikwerkstatt – auch und gerade in Regierungsbeteiligung. Konkretes Regierungshandeln, das aufgrund von äußeren Umständen von bisheriger SPD-Programmatik abweichen will oder muss, wird nur nach einem fundierten und intensiven Diskurs mit Partei und Öffentlichkeit umgesetzt, wenn dieser Diskurs die erforderlichen Mehrheiten erbringt.

Angleichung der Ost-West-Renten

In das Wahlprogramm der SPD soll folgender Passus aufgenommen werden:

Die SPD wird in der nächsten Legislaturperiode ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West einführen. Dazu wird

1. die Renten in Ost und West in der nächsten Legislaturperiode angeglichen.
2. ein verbindlicher Plan zur Anpassung (oder regionalen Ausgestaltung) des Höherbewertungsfaktors vorgelegt.

Finanzierung der Oberzentren

1. Die angemessene Finanzierung der Oberzentren ist unabdingbar notwendig und daher im Finanzausgleichgesetz sicherzustellen.
2. Das Urteil des Landesverfassungsgerichts verschiebt die Finanzierung des Oberzentrums Dessau-Roßlau zu Lasten von Magdeburg und Halle. Wir fordern daher zu prüfen, wie diese Verluste für die beiden großen Städte des Landes kompensiert werden können.
3. Eine Verschiebung von Finanzmitteln im Finanzausgleichgesetz zu Lasten der Oberzentren lehnen wir ab.

Mehr gelebte direkte Demokratie in Sachsen-Anhalt

Wir streben an, durch Veränderung der Zugangsvoraussetzungen das Einbringen einer Volksinitiative und eines Volksbegehrens mit Volksentscheid zu vereinfachen.

Mehr Chancengleichheit in Bewerbungsverfahren

Um in Bewerbungsverfahren den Fokus auf die Qualifikation der Bewerbenden zu lenken, werden die Bewerbungsverfahren für Stellen im öffentlichen Dienst fortan anonymisiert. Es ist zu prüfen, ob das anonymisierte Bewerbungsverfahren generell für alle Bewerbungsverfahren vorgeschrieben werden kann.

Jede Frau hat ein Recht darauf, gewaltfrei zu leben

Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November verurteilt der Stadtverband Magdeburg jegliche Form von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen.

Der SPD- Stadtverband Magdeburg setzt sich daher für eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung des Frauenhauses, der Frauenberatungsstelle und anderer Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder in der Landeshauptstadt Magdeburg ein, um die gleichbleibend hohe qualitative Arbeit der Einrichtungen sicherstellen zu können.

Keine Mittelkürzungen im Bereich arbeitsmarktpolitischer Projekte

Die Stadtratsfraktion wird aufgefordert keine weiteren Mittelkürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen für Arbeitsmarktprojekte für Jugendliche im Haushaltsjahr 2013 zu zustimmen.

Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Festungsmauer am Künette-Graben

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert sich für eine erste Sicherheitsmaßnahmen in Form einer Kiesanschüttung in maximaler Wasserstandshöhe zum Schutz der Festungsmauer am Künette-Graben zwischen Liebknecht- und Maybachstraße einzusetzen.

Verbesserung der Verkehrssicherheit, insbesondere für Kinder, im Stadtteil Stadtfeld-Ost

Die SPD-Stadtratsfraktion wird gebeten, einen Antrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere für Kinder, im Stadtteil Stadtfeld-Ost in den Stadtrat einbringt.

Hierzu schlägt der Stadtverband vor, zu prüfen, inwieweit Zebrastreifen, z.B. vor Kindertagesstätten, Horten und Schulen, die Verkehrssicherheit für Kinder erhöhen können. Insbesondere aber auch um den Schellheimer Platz, auf dem viele Kinder spielen, ist die Einrichtung von Zebrastreifen, zur gefahrlosen Querung, zu prüfen.

Erweiterung des Sitzplatzangebotes auf dem Spielplatz Schellheimer Platz

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert, sich für den Ausbau der Sitzgelegenheiten auf dem Spielplatz Schellheimer Platz auszusprechen.

Pflegeausbildung in der Klinikum Magdeburg gGmbH stärken und erhalten! - Kein weiterer Abbau der Ausbildungsstrukturen!

Der SPD-Stadtverband positioniert sich für die Verbesserung und Ausweitung des Ausbildungsstandortes der staatlich anerkannten Krankenpflegeschule an der Klinikum Magdeburg gGmbH – Ausbildungskompetenzen am Standort dürfen nicht reduziert, sondern müssen erweitert und zukunftsfähig gemacht werden.

Pflege stärken – Pflegekammern einrichten!

Der SPD-Stadtverband Magdeburg spricht sich für die Einrichtung von Pflegekammern auf Bundes- bzw. Landesebene aus. Diese sollen als Körperschaften öffentlichen Rechts alle Pflegebereiche und die Pflege von Menschen aller Lebenssituationen als Profession stärken und ihr eine Organisationsplattform geben.